

Gouverneurswahlen im Gebiet Wolgograd: Ergebnisse und Perspektiven

Melnickenko, Evgenij; Cernov, Igor'

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Melnickenko, E., & Cernov, I. (1997). *Gouverneurswahlen im Gebiet Wolgograd: Ergebnisse und Perspektiven*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 6/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46767>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Gouverneurswahlen im Gebiet Wolgograd

Ergebnisse und Perspektiven

Zusammenfassung

Im Gebiet Wolgograd hat die "Partei der Macht" ein Fiasko erlebt. Protestwählerstimmen haben nicht nur den Gebietsadministrationschef Iwan Schabunin, sondern auch 25 der 38 von ihm eingesetzten Chefs der Bezirks- und Stadtverwaltungen um Amt und Würden gebracht. Von nun an liegt die Macht im Gebiet bei der linken Opposition, deren Kern die Kommunistische Partei der Russischen Föderation ist. Die folgende Untersuchung analysiert die Hintergründe der Wahlen und die Ursachen für den Sieg des KP-Kandidaten.

Regionale Wahlen in Rußland 1996

Der jüngste Wahlkampf hat an Härte und Dramatik alle bisherigen Wahlkämpfe übertroffen. Er brachte eine Vielzahl von Problemen und Widersprüchen ans Licht: Gegensätze zwischen Moskau und der Region, zwischen den Städten und der ländlichen Provinz; Kampf korporativer Gruppen um die Neuaufteilung der regionalen Märkte und Einflußzonen; verborgene und offene Konflikte zwischen dem privaten und dem staatlichen Kapital, zwischen der Schattenwirtschaft und dem legalen Geschäftsleben, zwischen den verschiedenen Fraktionen der lokalen Verwaltungselite; und natürlich auch den tiefen Widerspruch zwischen der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Staatsorgane und den Interessen der Bevölkerungsmehrheit des Gebiets. Alle diese Spannungslinien laufen an einem Punkt zusammen: bei der Gebietsadministration, und deshalb konzentrierte sich der Großteil der Anstrengungen und Mittel der beteiligten Parteien auf den Kampf um den Gouverneursessel. Die Wahlen zu den Bezirks- und Stadtorganen traten demgegenüber etwas in den Hintergrund, in der Presse des Gebiets wurden sie ziemlich kärglich behandelt, und ihr Ergebnis kam für viele überraschend. Die wichtigsten Themen der Vorwahldiskussion sowie die Zwischen- und Endergebnisse des Wahlkampfes waren weitgehend von der sozialen Spannungslage, den Präferenzen der Wähler sowie von der Zusammensetzung, den Ausgangspositionen und dem Verhalten der hauptsächlich Beteiligten bestimmt.

Das Gebiet Wolgograd vor den Wahlen

Die sozial-ökonomische Situation ist im großen und ganzen typisch für die meisten Regionen Rußlands. Sie ist gekennzeichnet durch eine schwere Krise im Bereich der Produktion, der Finanzen und

des Sozialen und die daraus folgende negative Dynamik. 1996 ging die Produktion weiter zurück, die Kontraktion betrug in der Industrie insgesamt 10 Prozent, in der Leichtindustrie und im Brennstoff- und Energiekomplex 50 Prozent und mehr. Die landwirtschaftliche Produktion ging um 22 Prozent zurück, 88 Prozent der Betriebe hatten Schulden bei Banken und Finanzämtern, 40 Prozent arbeiteten mit Verlust. In die Wirtschaft der Region wurde 47 Prozent weniger investiert als 1995. Der durchschnittliche Arbeitslohn ist in den letzten Monaten praktisch nicht gestiegen, und das bei einer Inflationsrate von 21 Prozent im Jahr, dabei wird der Lohn schon seit Monaten nicht mehr ausgezahlt. In vielen ländlichen Betrieben haben die Beschäftigten seit einem Jahr keinen Lohn mehr erhalten. Die Gesamtsumme der Lohnschulden betrug im Gebiet 850 Mrd. Rubel. (Zum Vergleich: Der durchschnittliche nominale Monatslohn machte in Rußland 1996 773.000 Rbl. aus.) Nicht besser sieht es mit der Auszahlung von Renten und Sozialhilfen aus. Im Dezember 1996 beliefen sich die geschuldeten Rentenzahlungen im Gebiet auf über 500 Mrd. Rubel und die Kindergeldzahlungen auf 140 Mrd. All dies geschieht vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosigkeit und einer zunehmenden Wohlstandsschere. Nach Angaben des Gebietskomitees für Statistik entfällt auf die 10 Prozent der begütertesten Einwohner des Gebiets ein Viertel aller Einkünfte und auf die am wenigsten begüterten 3 Prozent. Aber die Statistik vermittelt kein reales Bild: Die Kluft ist um ein Vielfaches größer, denn über die wahren Einkünfte der neuen Bourgeoisie und der kriminellen Gruppen kann man nur spekulieren. Im Zuge der Verschärfung der Konkurrenz auf den regionalen Finanzmärkten stellt sich die Frage des örtlichen Protektionismus. Wie sich gezeigt hat, unterstützt die Administration "ihre" Finanzinstitutionen, während sie sich gleichzeitig bemüht, die Expansion auswärtiger Banken und Finanz-Industrie-Gruppen, vor allem solcher aus der Hauptstadt, zu verhindern. Ganz zweifellos hat hier eine der größeren Intrigen des Wahlkampfes, die dessen Ergebnis in vieler Hinsicht vorherbestimmt hat, ihren Ausgang genommen.

Kandidaten, Interessengruppen, Unterstützergruppen

Als Kandidaten für das Amt des Gouverneurs des Gebiets Wolgograd waren bei der Gebiets-Wahlkommission registriert: Iwan Schabunin, der amtierende Chef der Gebietsadministration, Jurij Tschechow, Chef der Wolgograder Stadtverwaltung, Nikolaj Maksjuta, der KP-Vertreter und Vorsitzende des Wolgograder Stadtrats, Wjatscheslaw Moltschanow, ein Unternehmer und gleichzeitig Vorsitzender der örtlichen Organisation der LDPR, sowie Stanislaw Terentjew, als Chefredakteur der Zeitung "Kolokol" der führende Vertreter der chauvinistischen "Russischen Gemeinschaft" im Gebiet Wolgograd. Am 21. November endete auch die Registrierung der Kandidaten für die Repräsentations- und Exekutivorgane in den Bezirken und Städten außer in der Stadt Wolgograd, wo Wahlen bereits im Herbst 1995 stattgefunden hatten. Um die 495 Abgeordnetensitze bewarben sich 1.500 Kandidaten. Chef von örtlichen Verwaltungen (38 Plätze) wollten 198 Kandidaten werden. Zu Beginn des Wahlkampfes wurden die drei erstgenannten Kandidaten von Experten als unbestrittene Favoriten angesehen. Moltschanow und Terentjew – die radikale Strömungen vertraten – galten wegen ihres geringen persönlichen Ansehens und wegen ihrer schwachen politischen Basis nicht als ernsthafte Konkurrenten. Eine Anfang November 1996 vom Zentrum für regionale Politik und Wahltechnologie der Wolgograder Akademie für den Staatsdienst durchgeführte Untersuchung wies für die wichtigsten Kandidaten folgende Werte auf: Schabunin: 28 Prozent, Tschechow: 18 Prozent, Maksjuta: 14 Prozent (unentschieden waren 28 Prozent der Befragten). Trotz der unterschiedlichen Werte ergab eine vergleichende Analyse des Wählerpotentials der Kandidaten nach den Kriterien der Popularität, der Gruppenhomogenität und der organisatorischen, informatorischen und materiellen Ausstattung, daß jeder von ihnen reale Siegchancen hatte, sofern er alle Ressourcen mobilisieren und den Wahlkampf richtig organisieren würde.

Iwan Schabunin – der erste unter den ersten, formelles und informelles Oberhaupt der örtlichen administrativ-bürokratischen Korporation. Der Gouverneur trat als erster in den Wahlkampf ein. Er setzt sich für die Interessen der administrativen Elite des Gebiets sowie der städtischen und ländlichen Nomenklatur ein, vor allem für die Interessen derjenigen Führungspersonen in den

Städten, Bezirken und Betrieben, die mit der Gebietsführung in Personalunion verbunden sind und seine Protektion und Unterstützung genießen. Hinter Schabunin stehen auch die Bank- und Finanzinstitutionen, über die die hauptsächlichen Ströme der Haushaltsmittel laufen (Agroprombank, Sberbank, die Filiale der Moskauer Bank "Vozroždenie", die Wolgograder Agrar-Finanz-Korporation, verschiedene Investitionsfonds usw.), ferner LUKoil und eine Vielzahl von Zwischenhandelsfirmen, die auf der Basis von Lizenzen und Quoten der Gebietsadministration mit Erdölprodukten handeln. Die "Moskauer Spur" Schabunins macht sich am deutlichsten in den für den Agrarsektor verantwortlichen Regierungsstellen bemerkbar. Der Gouverneur unterstrich seine "Nichtparteilichkeit" (bzw. "Überparteilichkeit") und distanzierte sich öffentlich von allen politischen Strömungen und Organisationen, wobei er es für gut hielt, seine Landsleute nicht daran zu erinnern, daß er der Vorsitzende der regionalen Organisation der Partei "Unser Haus Rußland" ist. Er versicherte sich der Unterstützung des Gebietsrats der Direktoren (der Staatsunternehmen), des Rats der Hochschulrektoren (mit Ausnahme des Rektors der Akademie für den Staatsdienst, M. Sukia-sjan), weiterer gesellschaftlicher Organisationen sowie der Führer der tschetschenischen Diaspora.

Jurij Tschechow – der erste im Gebiet gewählte Stadtbürgermeister, ein relativ junger, pragmatischer, aber in der öffentlichen Politik nicht bewandelter Administrator. Er vertritt die sogenannte "Stadtpartei" und bekämpft seit seiner Wahl im Oktober 1995 die "Gebietspartei", indem er die Interessen der Stadt vertritt. Er hat seine Beziehungen zur Stadtduma, in der hauptsächlich Vertreter der KPRF sitzen, regeln können, und es ist ihm gelungen, die Kontrolle über die Stadt dadurch zu stärken, daß er den traditionellen Gegensatz zwischen Stadt und Stadtbezirken überwand. Zu seiner Kandidatur als unabhängiger Kandidat erklärte Tschechow, er sei "niemandes Strohmann und vertrete nicht die Interessen irgendeiner politischen oder wirtschaftlichen Gruppierung". An der Wahl nehme er deshalb teil, weil er den Niedergang der sozial-ökonomischen Sphäre, die ziellose Verwendung von Haushaltsmitteln und andere "Errungenschaften" der amtierenden Gebietsverwaltung nicht mehr mit ansehen könne. Dennoch hielt er es nicht für überflüssig, sich der Unterstützung des Vorsitzenden der Gebietsduma und des Vertreters des Präsidenten der RF im Gebiet Wolgograd zu versichern, die in der örtlichen Führung über gewissen Einfluß und über Verbindungen verfügen. Allem Anschein nach sind seine Hauptstütze die kleinen und mittleren Warenproduzenten, Vertreter des Handelskapitals, ein bedeutender Teil der Jugend und der liberalen Intelligenz sowie ein Teil der Wolgograder Direktorenschaft. In jüngster Zeit hat sich Tschechow bei der Regierung und im Finanzministerium aktiv für die Interessen der Wolgograder Industriellen eingesetzt, und er hat das Zusammenwirken mit ihnen durch das Stadtkomitee für Industrie und den Städtischen Rat der Betriebsdirektoren geregelt. Quellen, die den Finanzkreisen nahestehen, wollen wissen, daß an einem Sieg Tschechows diejenigen Vertreter von Banken und Finanz-Industrie-Gruppen interessiert sind, die mit Schabunin keine gemeinsame Sprache gefunden haben und mit Tschechow Hoffnungen auf eine Liberalisierung des Finanzmarktes verbinden. Ein effektives Netz von Unterstützerguppen besaß Tschechow nicht, er trat später als alle anderen in den Wahlkampf ein, und es zeigte sich, daß er weniger als seine Konkurrenten darauf vorbereitet war.

Nikolaj Maksjuta – ehemaliger Direktor einer Schiffbauwerft, der seine Position für eine Karriere als Politiker aufgab. Im Oktober 1995 wurde er Vorsitzender des Wolgograder Stadtrats. Die wichtigste Voraussetzung für seinen Erfolg ist seine Mitgliedschaft in der KPRF. Im Unterschied zu seinen Konkurrenten ist er betont engagiert und wurde als gemeinsamer Kandidat des politischen Blocks "Union der volkspatriotischen Kräfte" des Gebiets aufgestellt. Dieser politischen Vereinigung gehören 28 gesellschaftliche Organisationen an, die sich um die KPRF gruppieren. Die Union stellte auch eigene Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane in den Bezirken und Städten auf. Zu den Organisationen, die Maksjuta unterstützen, gehören die "Union der patriotischen Jugend", die Gebietsorganisation des "Russischen Jugendverbands", die Stiftung "Neue Kosaken" und Verbände der Offiziere, der Frauen und der Rentner. Soweit uns bekannt ist, unterstützten den linken Kandidaten auch ein Teil der kleinen und mittleren Unternehmer, des weiteren Farmer, etliche Betriebsleiter des agrar-industriellen Komplexes und von landwirtschaftlichen Kooperativen und sogar Personen aus der Bezirksnomenklatur, die mit der Agrarpolitik der Gebietsadministration

unzufrieden waren. Obwohl Maksjuta in keiner Weise besonders hervorgetreten und in der tiefen Provinz nicht bekannt war, war seine Startposition besser als die seiner Konkurrenten, da er sich auf die Autorität, die Wählerschaft, das Aktiv und die organisatorische Infrastruktur der KPRF stützen konnte.

Die Massenmedien verteilen sich folgendermaßen: Für Tschechow: der Konzern "Gorodskie vesti" (5 Zeitungen), die Zeitungen "Inter", "Večernij Volgograd", "Komu gubernija po pleču", das kommunale Fernsehen MTV mit dem Programm "Vremja novostej". Für Schabunin: Fernsehen und Rundfunk auf Gebietsebene, die Zeitungen "Novaja gazeta", "Volgogradskaja pravda", "Krest'janskoe slovo", "Jurinform", "Gubernskie vedomosti", "Delovoe Povolž'e", die Radiosender "Vedo" und "Novaja volna" sowie 33 Bezirkszeitungen, von denen einige mit erhöhter Auflage erschienen. Maksjuta stützte sich auf seine Parteipresse und nahm nur gelegentlich die Dienste der obengenannten Publikationen in Anspruch, die trotz ihres eigenen Engagements in einem neutral-verhaltenen Ton berichteten. Terentjew warb für sich in der chauvinistischen Zeitung "Kolokol", die er selbst herausgibt.

Die Wahl

Wie schon vermutet worden war, ging die Wahl über zwei Runden, aber das Ergebnis widerlegte die meisten Prognosen. Am ersten Wahlgang beteiligten sich 60,29 Prozent der Wähler, obwohl es Befürchtungen gegeben hatte, daß es nicht gelingen werde, die 50-Prozent-Marke bei der Wahlbeteiligung zu überspringen. Das Ergebnis sah folgendermaßen aus:

Kandidaten	Stimmen (absolut)	Stimmen (Prozent)
Maksjuta	340.621	28,10 %
Moltschanow	13.076	1,09 %
Terentjew	25.186	2,11 %
Tschechow	301.305	25,22 %
Schabunin	449.745	37,64 %
Gegen alle	40.384	3,38 %

In 30 der 46 Wahlkreise siegte Schabunin, in 13 Maksjuta und in 3 Tschechow.

Tschechow unterlag Schabunin nicht nur in den ländlichen Gebieten, sondern auch in Wolgograd (in 6 von 8 Bezirken). Auf diese Weise schlug Schabunin im ersten Wahlgang Tschechow, aber nicht Maksjuta. Spezialisten war klar, daß im zweiten Wahlgang die Stimmen für Tschechow zu Maksjuta umgeleitet werden würden. Für den letzteren sprachen auch die Ergebnisse der Wahlen zu den örtlichen Verwaltungen. Die Wähler hatten zwar Schabunin auf dem ersten Platz gelassen, aber sie hatten gleichzeitig den meisten Administrationschefs der Städte und Bezirke des Gebiets das Mißtrauen ausgesprochen. Von 38 dieser Chefs, die ihren Posten Schabunin verdankten, blieben nur 13 im Amt, wobei zwei Drittel der neugewählten Chefs direkt oder indirekt mit der KPRF verbunden sind. Ein für die Kommunisten selbst überraschendes Geschenk brachten ihnen die Einwohner der Stadt Wolshskij, der zweitgrößten Stadt des Gebiets. Hier verlor einer der kompetentesten Bürgermeister, der Berufspolitiker Grigorij Kononow, gegen den ersten Sekretär der örtlichen KPRF-Organisation, Anatolij Schirjajew, einen orthodoxen Kommunisten. Solche Ergebnisse werden von vielen damit erklärt, daß die Bevölkerung ihren Unmut über die seit langem ausgebliebenen Lohn- und Rentenzahlungen auf den amtierenden Bürgermeister ablad, der sein Amt erst vor kurzem angetreten hatte. Interessant ist auch die Tatsache, daß der Kandidat der LDPR, Moltschanow, im letzten Moment auf die Unterstützung seiner Partei verzichtete und seinen Austritt aus ihr erklärte. Hier kann man von einer schweren Krise der örtlichen LDPR-Organisation sprechen.

Die Ergebnisse des ersten Wahlgangs präjudizierten diejenigen des zweiten vom 29. Dezember 1996. Für Maksjuta stimmten jetzt 51 Prozent und für Schabunin 44 Prozent der Wahlberechtigten. Gegen alle stimmten 3,65 Prozent. Maksjuta lag in 30 von 46 Wahlkreisen vor Schabunin, u.a. in den Städten Wolshskij, Michailowka, Frolowo und in 27 ländlichen Bezirken. Den größten Beitrag zu Maksjutas Sieg leisteten die Stadt Wolshskij (wo von 83.000 Wählern 52.000 für ihn stimmten) und der Bezirk Paplassow (Stimmenverhältnis 5:1). In Wolgograd hingegen wurde Schabunin bevorzugt (ca. 53 Prozent). Es ging nicht ohne paradoxe Erscheinungen ab. So wählten Schabunins Landsleute aus dem Bezirk Nowoanninsk Maksjuta zu ihrem Gouverneur, während die Wähler im Krasnoarmejskij-Bezirk von Wolgograd, wo Maksjuta über zehn Jahre Fabrikdirektor gewesen war, Schabunin fast doppelt so viele Stimmen gaben wie Maksjuta.

Warum siegte Maksjuta?

Neben den in dieser Analyse schon genannten Gründen gibt es eine Reihe von Umständen, die im Verlauf des Wahlkampfes aufkamen und unmittelbar auf ihn zurückgehen. Hier sollen die nach unserer Ansicht wichtigsten genannt werden.

Die "Hand Moskaus". Die unkoordinierte und stümperhafte Regie durch Sergej Filatow und Anatolij Tschubajs sorgte dafür, daß der Sieg des linken Kandidaten fast von vornherein feststand. Am Anfang stand der Versuch, Schabunin zum Rücktritt zu zwingen. Als dieser sich weigerte und die hinter den Kulissen geführten Verhandlungen publik werden ließ, kam Tschubajs' Stellvertreter Kasakow nach Wolgograd, um den Widerspenstigen zu zähmen. Er unterstützte öffentlich die Kandidatur Tschechows. Das entfachte einen regelrechten Skandal. Das Gebietswahlkomitee beschuldigte Kasakow des Verstoßes gegen Artikel 23 des Gesetzes "Über die Grundgarantien der Wählerrechte der Bürger der RF", das es den Organen der Staatsmacht und ihren Amtspersonen untersagt, sich an der Wahlkampfagitator zu beteiligen. Durch den Einsatz des Gastes aus Moskau wurde Schabunin zum "Gejagten" und Tschechow zum Protegé des verhaßten "Privatisierers" Tschubajs. Der Besuch Kasakows verstärkte die Polarisierung zwischen den Seiten, und nachdem Schabunin ebenfalls die offizielle Unterstützung der Kreml-Administration erreicht hatte, war ein Kompromiß zwischen ihnen unmöglich geworden. Zur selben Zeit war in Moskau ein weiterer Stab tätig, und, wie wir sehen, mit mehr Erfolg: die Wolgograder Landsmannschaft, die vorwiegend aus ehemaligen Partei- und Komsomol-Funktionären des Gebiets besteht und Verbindungen zu Personen in der Regierung, der Präsidialadministration, der Staatsduma und in Geschäftskreisen von Moskau und Wolgograd hat.

Strategie und Taktik der Kandidaten. Keiner der Kandidaten legte dem Urteil der Öffentlichkeit ein konzeptionelles Programm zur sozial-ökonomischen Entwicklung der Region oder auch nur ein systematisches und fundiertes Programm der nächsten Antikrisenmaßnahmen vor. In der Wahlkampfretorik waren entweder abstrakte Begriffe zu hören wie "Rechtsstaat", "Bürgergesellschaft", "Gewaltenteilung" oder die drängendsten aktuellen Probleme: Renten, Löhne, Zahlungsrückstände, Haushaltsloch, agro-industrielle Korporation, Brücke über die Wolga. Maksjuta richtete, wie es sich für einen Kommunisten gehört, das Hauptaugenmerk auf die Frage des sozialen Schutzes und der sozialen Garantien. Terentjew heizte den Judenhaß an, von Moltschanow war nichts zu sehen und zu hören. Statt die wirklich wichtigen Fragen anzusprechen, tauschten Tschechow und Schabunin am Ende nur noch gegenseitig kompromierendes Material und erbitterte Polemik aus. Nicht unwesentlich trugen dazu die Moskauer Werbestrategen bei, die für ihren Hang zu schockierenden und skandalträchtigen Mitteln bekannt sind. Möglicherweise waren sie es, die Tschechow rieten, die Föderationsregierung wegen Nichtzahlung der für die Stadt vorgesehenen Subventionen zu verklagen. Maksjuta hatte mit Skandalen nichts zu tun, er veranstaltete ohne besonderen Lärm seine Begegnungen mit den Wählern, sammelte Punkte und störte seine Konkurrenten nicht bei ihren gegenseitigen Beschimpfungen. Es bestätigte sich wieder einmal die alte Wahrheit: "Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte." Je mehr der Glanz von Schabunin abfiel und je mehr der

unfehlbare Führer zu einem mittelmäßigen Beamten wurde, desto größer wurden die Chancen der Opposition.

Die Mannschaften. Auch hier zeigte sich Maksjuta bestens ausgestattet. Gestützt auf ein weitverzweigtes und äußerst effektives Netz von Organisationen und Aktivisten der KPRF, konnte er als ein in den ländlichen Regionen wenig bekannter Mann dort das erforderliche Minimum an Popularität und Autorität erlangen. Tschechow scheiterte an dieser Aufgabe. Er, wie auch Schabunin, wurde Opfer seiner nachlässigen Haltung gegenüber Fragen des politischen und organisationstechnischen Wahlkampfmanagements. Der Verwaltungsapparat, auf den sie sich stützten, war für derartige Aufgaben einfach nicht geschaffen.

Zusammenlegung der Wahlen. Die gleichzeitig mit den Gouverneurswahlen stattfindenden Wahlen in den Städten und Bezirken lähmten die ohnehin schon wenig effektive Organisationsstruktur der auf die lokalen Verwaltungen gestützten Partei "Unser Haus Rußland" und des Stabes von Schabunin. In einer Situation, in der sich das Schicksal der örtlichen Chefs entscheiden sollte, hatte sich der Stab nach wie vor mit den Problemen des Gouverneurs zu befassen.

Zeitpunkt, Geld. Der Sonntag vor Neujahr ist die schlechteste Zeit für Wahlen. Die Wahlbeteiligung war auf einem Rekordtief, und ihre Zahl – 46 Prozent – besiegelte Schabunins Schicksal. Bekanntlich siegen bei einer niedrigen Wahlbeteiligung linke Kandidaten, denn die haben die diszipliniertesten Wähler. Und schließlich das Geld: Hätte es der Gouverneur geschafft, rechtzeitig die ausstehenden Renten und Löhne zu bezahlen, dann wäre er womöglich im Amt geblieben.

Was wird sich ändern?

So wie es aussieht, wird sich nichts Wesentlich ändern. Der linke Konservatismus der KPRF ist schon für jedermann erkennbar. Mit ihrer Machtübernahme haben die Kommunisten de facto die Werte des bestehenden Systems anerkannt und aufgehört, eine systemfremde Opposition zu sein. Eine solche Opposition existiert, aber außerhalb der KPRF, am Rande des politischen Systems. Das ist zweifellos eine positive Tendenz und erhöht die politische Stabilität im Lande und seinen Regionen. Von der "roten Gefahr" zu reden ist unbegründet, schädlich und nur Wasser auf die Mühlen des Rechtsradikalismus. Maksjuta stellte klar, daß er keine Revolution anzetteln wolle, denn "wir haben von Revolutionen und Erschütterungen schon genug". Er bekundete seine Absicht, die Ausführung einiger Projekte der vorigen Administration fortzuführen, insbesondere den Bau der Wolgabrücke, wobei allerdings die Bedingungen für die Verwirklichung dieser Projekte überprüft werden sollen. Besondere Aufmerksamkeit werde man Investoren und der Realisierung von Vereinbarungen mit anderen Regionen und Staaten widmen.

Was den Verwaltungsapparat angeht, so werden die Veränderungen – laut Maksjuta – sachlicher Art sein. Wohl ist schwer zu sagen, was er unter "sachlich" versteht, aber die ersten Ernennungen haben bereits stattgefunden, wobei fast die gesamte oberste Riege der Gebietsadministration ausgewechselt wurde, und zwar vorwiegend durch Leute aus der "Parteiereserve". So sieht die Mannschaft des Gouverneurs jetzt aus: *Erster Stellvertreter* – W. Galuschkin, ehemaliger erster stv. Bürgermeister von Wolgograd; *Stellvertreter für Landwirtschaft* – W. Ronschin, ehemaliger Landwirtschaftssekretär des Gebietskomitees der KPdSU; *Stellvertreter für Handel und Dienstleistungen* – M. Charitonow, ehemaliger Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU für Sozial- und Wirtschaftspolitik; *Stellvertreterin für Soziales* – G. Choroschewa, ehemalige Leiterin der Abteilung für Wissenschaft und Hochschulen des Stadtkomitees der KPdSU; *Stellvertreter für Industrie und Transport* – A. Kraschtschenko, bleibt im bisherigen Amt; *Vertreter des Gebiets Wolgograd in Moskau im Range eines Vizegouverneurs* – W. Kalaschnikow, ehemaliger erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU.

Möglicherweise war es nur ein Trick Maksjutas, als er sagte, er habe sich von der Bevormundung durch seine Partei befreit – die Parteiführung ist ja durch die Kaderpolitik präsent. Aber wer weiß, vielleicht erbauen die konservativen Kommunisten den Kapitalismus besser als die liberalen Reformer. Das ist durchaus möglich, denn die einen wie die anderen sind aus den Wurzeln derselben Nomenklatur erwachsen.

Jewgenij Melnitschenko/Igor Tschernow

Redaktion: Hans-Henning Schröder/Heinz Timmermann

Übersetzung: Bernd Bentlin

Professor Jewgenij Melnitschenko ist Prorektor für wissenschaftliche Forschungsarbeit der Wolgograder Akademie des Staatsdienstes; Igor Tschernow ist Leiter der Wolgograder Filiale der Moskauer Stiftung "Rußländisches gesellschaftlich-politisches Zentrum".